

Zankapfel Palmöl

Die Zollbefreiung auf Palmöl ist der Knackpunkt in den laufenden Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Malaysia. Warum die Schweiz hier nicht nachgeben darf.

EINE EINSCHÄTZUNG VON **THOMAS BRAUNSCHWEIG**,
HANDELSPOLITIKEXPERTE BEI PUBLIC EYE

«Ohne eine Lösung in der Palmölfrage», so der Bundesrat in seinem aktuellen Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik, «wird ein baldiger Verhandlungsabschluss kaum zu erreichen sein.» Bei der «Palmölfrage» geht es um die malaysische Forderung nach Zollbefreiung für Palmölimporte in die Schweiz im Rahmen des Freihandelsabkommens, das die beiden Länder seit 2012 aushandeln.

500 Fussballfelder pro Tag

Heute betragen die hiesigen Zollabgaben auf Palmöl über hundert Prozent des Warenwerts. Trotzdem hat sich der Import in den letzten fünf Jahren vervierfacht. Knapp die Hälfte des von der Schweiz eingeführten Palmöls stammt aus Malaysia. Ein Wegfall des Zolls würde die Importe in die Höhe schnellen lassen – auf Kosten der inländischen Rapsproduktion. Und es würde zu zusätzlichen Produktionsanreizen in Malaysia führen, wo die Fläche der Ölpalmpflanzungen seit 30 Jahren um durchschnittlich 500 Fussballfelder wächst – pro Tag! Heute sind in Malaysia, das zusammen mit Indonesien für 85 Prozent der Palmöl-Produktion verantwortlich ist, nahezu sechs Millionen Hektaren mit Ölpalmen bepflanzt. Dies entspricht eineinhalb Mal der Fläche der Schweiz.

Ein globaler Siegeszug ...

In Glace, in Margarine, in Fertigprodukten, in Babymilchpulver oder in Kuchenteig; Palmöl findet sich heute in jedem zweiten Nahrungsmittel. Aber nicht nur dort: Auch Konsumartikel des täglichen Bedarfs, von Shampoo über Lippenstift bis zu Reinigungsmitteln, enthalten das billige Öl. Und in der EU, der global zweitgrössten Palmöl-Konsumentin, landet fast die Hälfte des importierten Palmöls in den Tanks von Dieselfahrzeugen. Palmöl ist zum weltweit meistkonsumierten pflanzlichen Öl avanciert. Rund 60 Millionen Tonnen werden heute jährlich produziert.

... mit fatalen Auswirkungen

Die rasante Ausdehnung der Ölpalmpflanzungen hat in den Produktionsländern gravierende Konsequenzen. Die UNO stuft sie als Hauptgrund für die Regenwaldzerstörung in Südostasien ein. Damit einher geht ein Verlust an Biodiversität und eine massive Erhöhung des CO₂-Ausstosses aufgrund von Brandrodung. Auch

verliert die lokale Bevölkerung in vielen Fällen ihre Lebensgrundlage und die Rechte auf ihr Land. Mit erschreckender Regelmässigkeit erscheinen zudem Berichte über Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen auf den Grossplantagen – bis hin zu Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft. Davon sind auch als nachhaltig bezeichnete Produktionsformen nicht ausgenommen. So dokumentierte kürzlich Amnesty International in einer umfangreichen Recherche schwerwiegende Arbeitsrechtsverletzungen auf vom RSPO (dem Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl) zertifizierten Plantagen. Und: Der RSPO erlaubt – trotz wiederholter Kritik unter anderem von Public Eye – weiterhin den Einsatz von giftigen Pestiziden wie Paraquat.

Ausschluss gefordert

In der Schweiz hat sich breiter Widerstand gegen die geforderte Zollbefreiung von Palmöl formiert. Eine Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen, in der

Die Schweiz darf einem Produkt, bei dessen Herstellung regelmässig Menschenrechte verletzt werden, keinesfalls noch Vorzugsbedingungen gewähren.

sich Public Eye an vorderster Front engagiert, verlangt den Ausschluss von Palmöl aus den Verhandlungen um das Freihandelsabkommen. Zahlreiche parlamentarische Vorstösse haben eine ähnliche Stossrichtung, ebenso wie eine Standesinitiative aus dem Thurgau, die auf dem Weg nach Bern ist. Auch Freiburg hat schon eine Standesinitiative – «Kein Palmöl auf unseren Tellern» – eingereicht, und das Berner Kantonsparlament fordert in einer breit abgestützten Motion dasselbe von seiner Regierung.

Falls Malaysia für das Zustandekommen des Abkommens auf einer Zollbefreiung für Palmöl beharrt, muss sich der Bundesrat aus den Verhandlungen zurückziehen. Die Schweiz darf einem Produkt, bei dessen Herstellung regelmässig Menschenrechte verletzt werden, keinesfalls noch Vorzugsbedingungen gewähren.